

# ippnw 2022

jahresbericht der internationalen ärzt\*innen für die verhütung des atomkrieges – ärzt\*innen in sozialer verantwortung



**No War!**  
Sicherheit geht nur gemeinsam  
ippnw.de

Diplomat

Hamburg

IPPNW

IPPNW

BAN NUCLEAR WEAPONS!

www.ippnw.de  
IPPNW

IPPNW

KRIEG IST DER GRÖSSTE KLIMAKILLER



# No War! Frieden für die Ukraine

## SCHWERPUNKTE 2022

Frieden: Warnung vor dem Atomkrieg .....	5
Atomenergie: Laufzeitverlängerungen im Fokus .....	6
<b>Soziale Verantwortung:</b>	
Schutz und Asyl für Geflüchtete und Deserteure .....	9
Internationales .....	12
Verein .....	13
Studierende: Mit kleinen Schritten aus der Pandemie .....	14

## ZAHLEN & FAKTEN

Die IPPNW in Zahlen .....	15
Bilanz .....	16
Mitgliederentwicklung .....	16
Überblick .....	18

## SONSTIGES

Impressum .....	13
IPPNW-Regional- und Studierendengruppen .....	19
Kontakt .....	20

**A**m 24. Februar 2022 marschierten russische Truppen in die Ukraine ein. Seitdem prägt der Krieg in der Ukraine unsere Arbeit – denn er tangiert alle unsere Themen. Russland droht mit dem Einsatz von Atomwaffen und mit der Stationierung taktischer Atomwaffen in Belarus. In der Ukraine steht das größte AKW Europas Saporischschja immer wieder unter Beschuss. 1,1 Millionen Ukrainer\*innen sind nach Deutschland geflohen. Kriegesdienstverweigerer und Deserteure erhalten noch immer keinen Schutz.

2022 lag der Schwerpunkt unserer Arbeit auf dem Ukrainekrieg und der Aufklärung über die Gefahr eines Atomkriegs und dessen humanitäre Folgen. Wir beteiligten uns an Großdemonstrationen und organisierten Appelle und Veranstaltungen, mit denen wir zu einem Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine aufriefen. Gleichzeitig mischten wir uns in die öffentliche Debatte ein und warben für diplomatische Lösungsansätze. In dem Papier „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“ geben wir einen Überblick über bestehende Vorschläge und mögliche Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Verhandlungen statt durch immer mehr Waffenlieferungen zu beenden. Im Bereich Atomwaffen initiierten wir mehrere Appelle mit, während sich der Bereich Atomenergie auf die gefährliche Situation am Atomkraftwerk Saporischschja und die kurzzeitige Besetzung Tschernobyls konzentrierte. Der Streit um den Atomausstieg in Deutschland hielt uns abseits dessen in Atem. Im Bereich Soziale Verantwortung setzten wir uns für Kriegesdienstverweigerer und Deserteure aus Russland, der Ukraine und Belarus ein.

Mit dem Ukrainekrieg ist die Atomkriegsgefahr so real wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. Gleichzeitig hat der Krieg zu einer Aufrüstungswelle und verstärkter Eskalationsgefahr geführt. Viele Erfolge der Friedensbewegung aus den letzten Jahren wurden 2022 in kürzester Zeit zunichtegemacht. Das 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungsprogramm, die Anschaffung der F-35-Atomwaffen-Kampffjets, die Modernisierung der US-Atomwaffen in Büchel – sogar der lange geplante Atomausstieg wurde um mehrere Monate verschoben. Rückschläge, denen wir nicht müde werden, mit unserer Arbeit etwas entgegenzusetzen. Denn mit dem Ukrainekrieg ist diese wichtiger als je zuvor!

*Dr. Angelika Claußen und Dr. Lars Pohlmeier*



Ukrainekrieg  
Bundesweite Friedensdemos



Friedensblock:  
Globaler Klimastreik Berlin



Protestaktion:  
Nein zum Sondervermögen



Palästina-Israel:  
Begegnungsreise der IPPNW

**Februar** Am 27. Februar 2022 organisierte die IPPNW im Bündnis mit Campact, Greenpeace, den Gewerkschaften und weiteren Friedensinitiativen eine große **Demonstration in Berlin**. Hunderttausende schlossen sich dem Protest unter dem Motto „Stoppt den Krieg! Frieden für die Ukraine und ganz Europa“ an. Die IPPNW stellte mit dem IPPNW-Vorsitzenden Dr. Lars Pohlmeier einen Redner und versammelte sich in einer Gruppe von Ärzt\*innen hinter einem Banner „**No war in Europe – Stop a humanitarian disaster**“. Weitere Demonstrationen für Frieden und Solidarität für die Menschen in der Ukraine, an denen die IPPNW maßgeblich beteiligt war, fanden am 13. März 2022 in Hamburg, Berlin, Frankfurt, Stuttgart und Leipzig statt.

„No Women, no Peace – Frauen, Frieden und feministische Außenpolitik“ war der Titel der vierten **IPPNW-Peace Academy** vom 4. bis 6. Februar 2022 in Wannsee. 20 junge Erwachsene nahmen teil.

**März** Der Arbeitskreis gegen bewaffnete Drohnen, in dem die IPPNW mitarbeitet, veranstaltete am 10. März das **Online-Hearing „Krieg mit künstlicher Intelligenz?“** mit ca. 90 Teilnehmer\*innen.

Am 25. März organisierte die IPPNW einen **Friedensblock beim globalen Klimastreik in Berlin**. Hinter dem Slogan „De-escalieren und Abrüsten – Klimaschutz geht nur gemeinsam“ versammelten sich 13 Friedensorganisationen und streikten mit den Fridays For Future für Klimagerechtigkeit und Frieden.

**Juni** Am 3. Juni 2022 protestierte die IPPNW im Bündnis mit mehreren Friedensorganisationen **gegen die Verabschiedung des Sondervermögens** vor dem Bundestag, am 10. Juni 2022 vor dem Bundesrat.

Die **Begegnungsfahrt Palästina-Israel** fand nach zwei Jahren coronabedingtem Ausfall vom 29. Mai bis 10. Juni 2022 statt. 22 Reisende, unter ihnen vier Studierende, tauchten mit einem vollen Programm in die Komplexität des Nahost-Konfliktes ein.

Vom 21. bis 23. Juni 2022 beteiligte sich eine deutsche IPPNW-Delegation an der ersten **Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag in Wien**, um für einen deutschen Beitritt zum UN-Vertrag für ein Atomwaffenverbot zu werben. Deutschland hat den Vertrag nicht unterzeichnet, nahm aber wie Belgien, die Niederlande und einige weitere Staaten als Beobachterin an der Konferenz teil. Die 62 Vertragsstaaten verabschiedeten einen kleinschrittigen Aktionsplan mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt.

**Juli** Am 2. Juli 2022 beteiligte sich die IPPNW an der bundesweiten **Demonstration „Zivile Zeitenwende“** in Berlin. Nach Angaben der Veranstalter demonstrierten 4.000 Menschen gegen das 100-Milliarden-Aufrüstungspaket für die Bundeswehr.

Anfang Juli schrieb die IPPNW einen **Brief an Außenministerin Annalena Baerbock** und bat sie, sich bei Ihrem israelischen Amtskollegen gegen die Kriminalisierung und für eine sofortige Rehabilitierung sechs palästinensischer Menschenrechtsgruppen einzusetzen. Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz hatte sie im Oktober 2021 zu „terroristischen Organisationen“ erklärt.





Büchel  
Aktionstage gegen Atomwaffen

**Juni** Rund 100 Aktivist\*innen von IPPNW und ICAN haben vom 5.-10. Juni 2022 am US-Atomwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Büchel **gegen die geplante nukleare Aufrüstung und für den Abzug der US-Atomwaffen** aus Deutschland demonstriert. Es fanden kreative Protestaktionen mit Vorträgen, Workshops, einer Moselrundfahrt, Musik und einer Theatervorführung statt.

**Juli** Vom 15.-17. Juli 2022 gab es ein bundesweites **Aktiventreffen der Initiative „Sicherheit neu denken“** in Fulda, mit Gästen aus der Zentralafrikanischen Republik, Österreich und den Niederlanden. Die Initiative, in der die IPPNW mitarbeitet, hat mehrere Lobbytreffen mit Bundestagsabgeordneten zur Nationalen Sicherheitsstrategie durchgeführt und einen Appell an die öffentlich-rechtlichen Medien zur „Öffnung der Debatte“ im Ukrainekrieg versendet.

Am 27. Juli 2022 veröffentlichte die IPPNW die erste Auflage des **IPPNW-Papiers „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“**. Es gibt einen Überblick über bestehende Vorschläge und mögliche Schritte, den Krieg in der Ukraine durch Diplomatie statt durch Waffen zu beenden. Das Papier soll einen Beitrag zu einer konsequenten Suche nach friedlichen Mitteln zur Konflikttransformation leisten.



Aktionstag  
Keinen Euro für Krieg & Zerstörung

**September** Bei einem **Webinar zum Thema „Klima und Krieg“** kamen am 19. September 2022 zwei Friedens- und zwei Klimaaktivist\*innen zusammen und diskutierten die inhaltliche Überschneidungen sowie Gemeinsamkeiten der beiden Bewegungen.

Am 23. September beteiligten sich IPPNW-Mitglieder in Berlin und in anderen Städten an den globalen Klimastreiks.



Stoppt das Töten!  
Dezentrale Proteste

**Oktober** Am 1. Oktober 2022 unterstützte die IPPNW den bundesweiten **Aktionstag „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung! Stattdessen Milliarden für eine soziale, gerechte und ökologische Friedenspolitik!“**

Im Oktober beteiligte sich die IPPNW zudem an einer **Aktion vor dem Bundesparteitag der Grünen** in Bonn gegen den Kauf der F35-Atombomber.

**November** Bei der **UN-Klimakonferenz COP27** in Ägypten forderte die IPPNW im Bündnis mit anderen Klimaaktivist\*innen und Friedensgruppen alle Emissionen von Rüstungsindustrie und Militär in die Klimaabkommen einzuberechnen.

Am 19. November 2022 organisierten Friedensgruppen – darunter die IPPNW – in zahlreichen Städten **dezentrale Proteste** gegen den Krieg in der Ukraine und die Aufrüstung des Militärs.



F35-Atombomber  
Fotoaktion in Berlin

**Dezember** Im Dezember entschied der Verteidigungs- und der Haushaltsausschuss des Bundestags über den Kauf von atomwaffenfähigen F-35-Tarnkappenjets des US-Rüstungsherstellers Lockheed Martin. Gegen diese Entscheidung und auch gegen die Stationierung von neuen US-Atomwaffen des Typs B61-12 in Deutschland ab 2023 organisierte die IPPNW mit anderen Initiative eine **Fotoaktion vor dem Bundestag**.



# Warnung vor dem Atomkrieg

Waffenstillstand und Verhandlungen jetzt!

**B**ei einem Atomkrieg gibt es nur Verlierer. Die gefährliche Praxis der nuklearen Abschreckung kann in einer angespannten Lage wie dem Ukrainekrieg in eine Eskalationsspirale münden, bis hin zum Atomkrieg. Die IPPNW fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Atomwaffenstaaten den Einsatz von Atomwaffen ausschließen. Das haben wir unter anderem in Briefen an die Bundesregierung und Lobbygesprächen mit Abgeordneten betont.

Im Vorfeld der Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrags im August 2022 hat die internationale IPPNW gemeinsam mit anderen Friedensnobelpreisträger\*innen einen offenen Brief gegen Krieg und Atomwaffen initiiert, den mehr als eine Million Menschen unterzeichnet haben. Darin wird ein sofortiger Waffenstillstand und der Rückzug aller russischen Militäreinheiten aus der Ukraine gefordert. Russland und die NATO sollen den Einsatz von Atomwaffen im Ukrainekrieg ausdrücklich ausschließen.

Eine weitere Gefahr geht von dem Atomkraftwerk Saporischschja aus. Die Bom-

bardierung des Atomkraftwerks selbst oder der zum Betrieb erforderlichen Infrastruktur kann beispielsweise durch die Unterbrechung der zwingend erforderlichen Kühlkreisläufe oder Stromzufuhr zur Katastrophe führen. Im August 2022 initiierte die internationale IPPNW eine internationale Petition zum Verbot von militärischen Angriffen auf Atomkraftwerke.

Der Ukrainekrieg war Gegenstand mehrerer Erklärungen: Auf dem Jahreskongress in Hamburg im April 2022 appellierte die IPPNW in der Erklärung „Im Sturm den Friedenskurs halten“ an die Bundesregierung, die Anstrengungen für eine Waffenruhe in der Ukraine ins Zentrum des politischen Handelns zu stellen. Notwendig seien diplomatische Wege für einen Waffenstillstand, Friedensverhandlungen und perspektivisch die Schaffung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur. Auf dem Kongress „40 Jahre IPPNW“ im Juni 2022 forderten die Teilnehmer\*innen im Landsberger Memorandum ein Ende der nuklearen Geiselnhaft und den rechtsverbindlichen Verzicht Russlands und der USA auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen. Jeglicher Einsatz von Atomwaffen verursacht katastrophales humanitäres Leid.

Im Oktober veröffentlichte die internationale IPPNW zudem den Report „Nukleare Hungersnot“. Die Studie zeigt, dass ein regionaler Atomkrieg, in dem 100 Atomwaffen eingesetzt würden, weltweit katastrophale Auswirkungen auf das Klima und die Landwirtschaft hätte. Laut der neuen Studie könnten durch einen Atomkrieg zwischen den USA und Russland mehr als fünf Milliarden Menschen an Hunger sterben.

Angesichts des Krieges in der Ukraine und der Militarisierung der Debatte erinnerte die IPPNW daran, dass Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien möglich sind und unterstützt werden müssen – auch im jetzigen Stadium des Krieges. Im Juli 2022 veröffentlichten wir das Papier „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“, das seither laufend aktualisiert wird. Darin haben wir verschiedene Konzepte auf bilateraler, multilateraler, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene gesammelt, die zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes beitragen könnten.

**Weitere Informationen:**

[ippnw.de/frieden](http://ippnw.de/frieden) | [ippnw.de/atomwaffen](http://ippnw.de/atomwaffen)





# Laufzeitverlängerungen im Fokus

Protest gegen Streckbetrieb und atomares Joint Venture

Eigentlich stand der deutsche Atomausstieg schwarz auf weiß und rechtsverbindlich im Atomgesetz mit dem endgültigen Abschaltdatum 31. Dezember 2022 festgeschrieben. Zum Jahresende sollte mit dem Betrieb der drei noch am Netz befindlichen deutschen AKW endgültig Schluss sein. Doch die als Machtwort bekannt gewordenen Ankündigung von Bundeskanzler Olaf Scholz, seine Regierung werde den gesetzlichen Rahmen für einen Weiterbetrieb aller drei am Netz verbliebenen AKW bis zum 15. April 2023 schaffen, folgte eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes. Nicht zuletzt wurde damit die Debatte um einen Ausstieg aus dem Ausstieg 2022 wieder eröffnet. Ausgelöst wurde die Debatte um einen Weiterbetrieb der AKW von der Aussicht auf einen Gasmangel im Winter in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Dabei kann Atomkraft weder in der Wärmeproduktion einspringen, noch können AKW durch schnelles Hoch- und Runterfahren in der Spitzenlast flexibel eingesetzt werden.

In gemeinsamen Bündnissen mit anderen Organisationen und Verbänden sowie in Zusammenarbeit mit Antiatom-

Initiativen hat sich die IPPNW über das gesamte Jahr 2022 an den Bemühungen beteiligt, weiteren Laufzeitverlängerungen eine klare Absage zu erteilen, vor den Gefahren zu warnen und über die Hintergründe aufzuklären. Während im Deutschen Bundestag über die 19. Novelle des Atomgesetzes abgestimmt wurde, mit dem am 11. November 2022 der sogenannte Streckbetrieb ermöglicht wurde, mahnte die IPPNW in Zusammenarbeit mit .ausgestrahlt und dem BUND mit einem Modell eines bröckelnden Reaktors auf der Reichstagswiese vor den Gefahren der unnötigen Laufzeitverlängerungen.

Der Streckbetrieb wurde dennoch Realität und die letzten Monate des Jahres 2022 waren unter anderem davon geprägt, das neue Ausstiegsdatum gegen den wachsenden politischen Druck zu verteidigen. Um die bleibenden Gefahren, Ewigkeitskosten und auch die weiterhin in Deutschland betriebenen Atomanlagen in Gronau und Lingen nach dem Abschalten nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, widmete sich die IPPNW u.a. der Unterstützung der Proteste gegen die Brennelementefabrik in Lingen.

Nicht zuletzt ließen die 2022 bekannt gewordenen Spekulationen um einen erneuten Versuch, im Emsland Brennelemente für AKW unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom zu fertigen, aufhorchen. Der Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die Annexion des AKW Saporischja waren da noch kein Jahr her. Die im Folgejahr intensivierten Proteste und Aktionen gegen ein französisch-russisches atomares Joint Venture in Deutschland nahmen damit schon 2022 ihren Anfang. Die internationalen Verwicklungen und Abhängigkeiten im Nuklearsektor werden nunmehr kritischer beleuchtet. Bislang jedoch ohne ernste Konsequenzen. Seltener wird dabei die Tatsache betrachtet, dass Rosatom auch für die russischen Atomwaffenarsenale zuständig ist und damit exemplarisch für die Verbindung von ziviler Atomkraft und Atomwaffen steht.

Die häufig nur mit den Anfängen des atomaren Zeitalters assoziierte Verbindung von AKW und Atomwaffen ist so aktuell wie eh und je – und damit auch die Kritik der IPPNW.

Weitere aktuelle Informationen:  
[ippnw.de/atomenergie](http://ippnw.de/atomenergie)

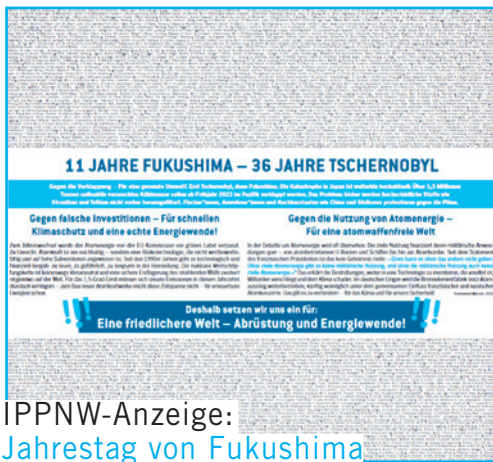


Unterschriftenaktion:  
Taxonomie-Pläne verhindern



Die IPPNW trauert:  
Tod von Jochen Stay

Foto: .ausgestrahlt



IPPNW-Anzeige:  
Jahrestag von Fukushima



Saporischschja  
Warnung vor Atomkatastrophe

Foto: Fredrik Dahl / IAEA / CC BY 2.0

**Januar** In einem breiten Bündnis rief die IPPNW die Ampel-Regierung dazu auf, die **Taxonomie-Pläne der EU-Kommission zu verhindern** und beteiligte sich an einer großangelegten Unterschriftenaktion.

Die IPPNW trauert um **Jochen Stay**, der im Alter von 56 Jahren plötzlich und viel zu früh starb. Vielen Antiatom-Bewegten war der Gründer von .ausgestrahlt ein langjähriger Weggefährte. Die IPPNW hat mit ihm einen glaubwürdigen und engagierten Mitstreiter verloren.

**März** Auf Initiative der IPPNW forderte ein Bündnis von über 30 Organisationen die Bundesregierung auf, massiv in den **Ausbau von erneuerbaren Energien** zu investieren – denn nur Erneuerbare können zu Frieden und Klimaschutz führen.

Bei Kampfhandlungen im Ukrainekrieg wurde das Gelände des größten Atomkraftwerks Europas, **Saporischschja** beschossen. Die Situation vor Ort blieb das ganze Jahr über kritisch. Tschernobyl wurde am 9. März vom ukrainischen Stromnetz abgekoppelt. Die Stromversorgung konnte nur noch durch Diesel-Notstromaggregate gewährleistet werden.

Elf Jahre nach dem Super-GAU von Fukushima machte die IPPNW deutlich: Die Katastrophe ist noch immer aktuell. Die **IPPNW-Fukushima-Anzeige** für Atomausstieg, echten Klimaschutz und gegen die EU-Taxonomie-Pläne in der Süddeutschen Zeitung erhielt 2.300 Unterschriften.

**April** Am 36. Jahrestag der **Atomkatastrophe von Tschernobyl** besuchte der Direktor der IAEA Raffael Mariano Grossi die Anlage des havarierten Kraftwerksblocks, nachdem die russischen Truppen von dort abgezogen waren. Ein Krieg in einem Land mit laufenden Atomreaktoren sei „absolut anormal und sehr, sehr gefährlich“, so Grossi. Die IPPNW verwies darauf, dass der Angriffskrieg auf die Ukraine einmal mehr verdeutliche, wie Atomkraftwerke und Atommülllager zu einem unkalkulierbaren Risiko werden können.

**Mai** In einem **Offenen Brief zur EU-Taxonomie** appellierten 22 umwelt- und zivilgesellschaftliche Organisationen an die Abgeordneten des EU-Parlaments, gegen den delegierten Rechtsakt zu stimmen, der Atomenergie und Erdgas als nachhaltige Technologien einstufte.

**Juni** Antiatom-Initiativen und -Verbände kritisierten die schwarz-grünen Sondierungsgespräche und mahnten einen **„echten Atomausstieg“** auch in NRW an.

**Juli** Unter dem Titel „Energiewende retten – AKW abschalten! Dem Ausstieg entgegen! Die Zukunft ist erneuerbar!“ fand die **Anti-atom-Radtour** von .ausgestrahlt statt. IPPNW-Mitglieder beteiligten sich.

Die IPPNW und andere zivilgesellschaftliche Organisationen und Umweltverbände wiederholten ihre Forderung an die Mitglieder des **Europäischen Parlaments**, gegen den delegierten Rechtsakt zu stimmen, der die Einstufung von Atomstrom und Gas als „nachhaltig“ vorsieht.





Energiewende retten!  
Antiatom-Radtour



Fukushima:  
Kein verstrahltes Wasser ins Meer!



Uranfabriken schließen!  
Demonstration in Lingen



Atomgesetznovelle  
Protestaktion vor dem Bundestag

Foto: Greg Webb / IAEA / CC BY-SA 2.0

Foto: SofA Münster

**August** Die IPPNW forderte von den vier Regierungen in Berlin, Den Haag, London und Stockholm eine sofortige und entschiedene **diplomatische Initiative** zusammen mit der UNO, um insbesondere rund um das AKW Saporischschja eine **entmilitarisierte Schutzzone** unter internationaler Aufsicht einzurichten.

Insgesamt 161 Organisationen, darunter die deutsche IPPNW, **kritisierten die geplante Verklappung** des radioaktiv kontaminierten Kühlwassers von Fukushima in den Pazifik und forderten von der japanischen Regierung, die Pläne aufzugeben.

**September** „**Atomkraft? Keinen Tag länger!**“ Gemeinsam mit Umweltverbänden und Antiatom-Initiativen kritisierte die IPPNW die Pläne zum Weiterbetrieb der AKW. Der Weiterbetrieb sei keine Option. Stattdessen brauche es eine großangelegte Energiesparkkampagne, individuelle Energieberatung kleinerer und mittlerer Unternehmen und verpflichtende Sparmaßnahmen für Großbetriebe.

**Oktober** Unter dem Motto „Atomkraft: Raus! Uranfabriken: Schließen! Energiewende: Jetzt!“ fand am 1. Oktober eine **Demonstration in Lingen** gegen Laufzeitverlängerungen, Urangeschäfte mit Russland und den Weiterbetrieb der Lingener Brennelementefabrik statt. Der Demo waren mehrere Proteste gegen Urantransporte aus Russland nach Lingen vorausgegangen. In einem Statement der IPPNW stellte Angelika Claußen klar, dass Atomkraft sowohl zivil wie militärisch eine Hochrisikotechnologie darstellt.

**November** Bevor und während im Bundestag die Atomgesetznovelle zum AKW-Weiterbetrieb beschlossen wurde, hielten .ausgestrahlt, BUND und IPPNW eine **Protestaktion vor dem Bundestag** ab.

Die IPPNW unterstützte gemeinsam mit mehreren hundert Organisationen das **internationale Statement gegen Atomkraft anlässlich** der Klimakonferenz COP27 und stellte damit erneut klar: Atomkraft ist keine Lösung für die Klimakrise.

Unter dem Titel „**Atomkrieg verhüten – Urangeschäfte beenden!**“ protestierte die IPPNW in einem Bündnis anlässlich der G7-Außenminister\*innenkonferenz in Münster gegen die Geschäfte mit dem russischen Staatskonzern Rosatom.

**Dezember** Der Eilantrag zum Austausch des von Korrosionsschäden betroffenen Dampferzeugers im AKW Neckarwestheim wurde vom Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg abgelehnt. Die Anti-Atom-Initiativen sprachen von einem „**schwarzen Tag**“ für die Sicherheit der Bevölkerung vor Atomunfällen.

Im Rahmen des grenzüberschreitenden Beteiligungsverfahrens der **Umweltverträglichkeitsprüfung** nahm die IPPNW Stellung zu den **AKW-Neubauplänen in Polen**. Bereits im Vorjahr hatte die polnische Regierung ihre Pläne zum Einstieg in die Atomkraft angekündigt. Insgesamt drei AKW will Polen errichten lassen. Ein erstes Projekt soll an der Ostseeküste errichtet werden.





Foto: © Hendrik Haßel

# Schutz und Asyl für Geflüchtete und Deserteure

Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung

**K**rieg bedeutet Töten und Getötetwerden. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine wurde dies für sehr viele Männer und ihre Familien auf beiden Seiten der Front brutale Realität. Aber nicht alle Männer sind bereit, für ihr „Vaterland“ in den Krieg zu ziehen, zu töten und zu sterben.

Mehr als 150.000 russische Männer sind Medienberichten zufolge nach der Teilmobilmachung im September 2022 aus Russland geflohen, die meisten von ihnen in die Türkei, nach Georgien oder Kasachstan. Über 140.000 Männer haben sich der Kriegsbeteiligung in der Ukraine entzogen und sind ins Ausland geflohen. Auch schätzungsweise 22.000 Wehrpflichtige aus Belarus haben bis Dezember 2022 ihr Land verlassen, weil sie sich nicht an einem möglichen Krieg auf Seiten Russlands gegen die Ukraine beteiligen wollen. Sie alle müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. Keines der drei Länder garantiert das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung wie es durch diverse internationale Gremien und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingefordert wird.

In Russland wurde Reservisten und Soldaten 2022 das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verwehrt – und damit denjenigen, die der Teilmobilmachung unterlagen. In mehreren Fällen wurden in Russland inzwischen Männer zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. In der Ukraine wurde das eingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung seit Beginn des Krieges ganz ausgesetzt und die Grenze für Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen. Im Mai und Juni 2022 wurden dort zwei Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen auf Bewährung verurteilt. Auch in Belarus sitzen Männer im Gefängnis, weil sie sich weigerten, in die Armee einzutreten. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung gibt es dort nicht, bei Desertion droht sogar die Todesstrafe.

Im März 2022 hat sich die IPPNW daher einem europaweiten zivilgesellschaftlichen Bündnis angeschlossen, welches sich dafür einsetzt, dass Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Russland, Belarus und der Ukraine in der EU und Deutschland Schutz und Asyl gewährt wird. Mit einer europaweiten Kampagne – der „Object War Campaign“, einer Petition an die Institutionen der EU, Pro-

testaktionen in zahlreichen Städten und Webinaren sensibilisiert das Bündnis für das Thema und verleiht seiner Forderung öffentlich Nachdruck. Mehr als 100 Organisationen aus 20 Ländern richteten im Juni 2022 einen entsprechenden Appell an das EU-Parlament. Gespräche mit Parlamentarier\*innen folgten. Die über 40.000 Unterschriften der #ObjectWarCampaign sollen am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung am 15. Mai 2023 an die Europäische Kommission übergeben werden.

Ein Jahr nach Beginn des Krieges bieten die EU und die Bundesregierung Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Russland, Belarus und der Ukraine trotz anderslautender Bekundungen noch immer keinen Schutz. Im Mai 2022 hatte Deutschland zugesagt, dass Deserteure und Oppositionelle aus Russland geschützt werden sollen. Doch wer sich vorsorglich diesem Krieg entzieht, steht bisher vor geschlossenen EU-Grenzen. Die ersten Ablehnungsbescheide des Bundesamtes für Migration belegen dies. Die IPPNW fordert, das zu ändern.

**Weitere aktuelle Informationen:**  
[ippnw.de/soziale-verantwortung](http://ippnw.de/soziale-verantwortung)

Foto: Kongress Armut und Gesundheit



Kongress Armut & Gesundheit  
Workshop „Klima und Krieg“



Menschenrechte im Fokus  
Reise in den Südosten der Türkei



Ohne Angst zum Arzt:  
Kampagne #GleichBehandeln

Foto: gleichbehandeln.de



Fallsammlung  
Abschiebung von Patient\*innen

**Januar** Bei einem Online-Treffen tauschten sich Vertreter\*innen von Studigruppen und andere IPPNW Aktive zu ihren Erfahrungen mit **Medical Peace Work** in der Lehre und in Studigruppen aus. Die Idee einer Medical-Peace Work-Vorlesungsreihe wurde aufgrund der Prioritätensetzung nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vorerst verschoben.

**März** Der **Kongress „Armut und Gesundheit“** fand zum zweiten Mal digital statt. In einem Workshop zu Klima und Krieg erläuterte Dr. Angelika Claußen die doppelte Gesundheitsbedrohung durch Klimakatastrophe und Atomkriegsgefahr und rief Gesundheitsfachkräfte auf, sich dagegen einzusetzen. Ein zweites Panel wurde durch die Deutsche Plattform Globale Gesundheit mit IPPNW-Beteiligung organisiert.

Vor dem Hintergrund der Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Türkei fand im März 2022 nach zwei Jahren Pandemiepause **eine Reise in den kurdischen Südosten der Türkei** statt, um dort Ärzt\*innen und Menschenrechtler\*innen zu treffen, die unter massiven Repressionen arbeiten und leben. Die Teilnehmer\*innen waren froh, ihre Partner\*innen im Südosten wieder zu treffen. Derzeit kommen kaum noch Delegationen aus Europa. Mit Veranstaltungen und Publikationen geben die Reiseteilnehmer\*innen in Deutschland Informationen weiter und stellen Forderungen an die politisch Verantwortlichen. Der erste Gegenbesuch von jungen Menschenrechtler\*innen aus Diyarbakir im Oktober 2021 in Deutschland hatte der Arbeit der Gruppe neuen Schwung verliehen.

**April** Zum Abschluss der **Kampagne #GleichBeHandeln** übergaben Vertreter\*innen von 80 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter die IPPNW, über 26.400 Unterschriften für einen „Arztbesuch ohne Angst vor Abschiebung“ an die Abgeordneten der Regierungsfractionen in Berlin. Mit der Petition forderten die Unterstützer\*innen mehrere hunderttausend Menschen nicht mehr von der Gesundheitsversorgung auszuschließen, die ohne geregelten Aufenthaltsstatus in Deutschland leben.

**Mai** Auf der Mitgliederversammlung beschloss der Arbeitskreis Geflüchtete und Asyl sich vertiefend mit dem Thema **„Abschiebung aus stationärer Behandlung“** zu beschäftigen. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Abschiebungen von Patient\*innen im Kontext einer stationären Behandlung. Diese ethisch höchst problematische Vorgehensweise stellt für die Betroffenen eine massive Belastung dar und verunsichert und belastet auch Mitpatient\*innen und Beschäftigte. Zunächst wurde ein Aufruf gestartet, um Fälle zu sammeln und die Muster, Abläufe und Kommunikationsdefizite besser zu verstehen.

**Juni** Zusammen mit 57 anderen Organisationen richtete sich die IPPNW mit einem **Offenen Brief an Bundesminister Heil**. In diesem forderten sie einen diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Geflüchteten. Denn während ukrainische Geflüchtete in Deutschland ab dem 1. Juni Anspruch auf Zugang zu Sozialleistungen nach SGB II und XII und damit zu umfassenden Gesundheitsleistungen haben, werden sowohl aus der Ukraine geflüchtete Staatenlose und Drittstaatsangehörige als auch Geflüchtete aus anderen Staaten wie Syrien, Afghanistan oder dem Jemen weiterhin von notwendiger Gesundheitsversorgung ausgeschlossen.





Global Health:  
Summer School in Berlin

**Juli** Die **Global Health Summer School** fand vom 16. bis 23. Juli an einem neuen Ort statt, dem Jugend- und Kulturzentrum Pumpe im Berliner Westen. Zum Thema „Global Health between corporate interest and common good: lessons from the coronavirus pandemic“ kamen 29 junge Studierende und Berufstätige aus 15 Ländern zusammen. In Vorträgen, Workshops und Exkursionen wurden die Auswirkungen von Ökonomisierung auf Gesundheitsversorgung und ethische Fragen in Bezug zur Coronapandemie bearbeitet. Die Gruppe war so divers und international wie noch nie, was von den Teilnehmenden als große Bereicherung erlebt wurde, aber auch neue Herausforderungen mit sich brachte. Die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen sprach zum Thema Medical Peace Work. Mit der Vorsitzenden der Ärztekammer Diyarbakir, Elif Turan, war eine Kooperationspartnerin der IPPNW-Delegationsreisen in die Türkei als Referentin eingeladen. Auch IPPNW Gaststudis aus Serbien, Nord-Mazedonien, Nepal und Kenia waren mit dabei.



Besuch von Aktivist\*innen:  
Fachtag Traumaarbeit

**September** Der AK Geflüchtete und Asyl entwickelte in einem Strategieworkshop seine Arbeit zum Thema **Abschiebungen aus stationärer Behandlung** weiter und vernetzte sich mit weiteren Akteuren. Ziel war die Aufklärung von Klinikpersonal über ihre Rechte und Möglichkeiten in Abschiebesituationen sowie die Systematisierung von Daten, um auf politischer Ebene fundierter für ein Verbot von Abschiebungen im Kontext stationärer Behandlung zu streiten.

**Oktober** Vom 3. bis 14. Oktober empfing die IPPNW zum zweiten Mal Menschenrechtsaktivist\*innen aus den Bereichen Gesundheitswesen, Justiz, Sozialarbeit, Kinder und Frauenrechte aus dem Südosten der Türkei in Berlin, Braunschweig und Köln. Neben einem **Fachtag zum Thema Traumaarbeit und zur psychosozialen Versorgung von Folterüberlebenden**, waren die Themen Gewalt gegen Frauen, Repression in der Türkei, die Situation von Geflüchteten an der Grenze zum Iran und die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft Themen der Podiumsdiskussionen.



LebensWert  
Kongress Medizin & Gewissen

75 Jahre nach der Urteilsverkündung im Nürnberger Ärzteprozess fand vom 21. bis 23. Oktober der **sechste internationale IPPNW-Kongress „Medizin und Gewissen“ in Nürnberg** statt. Das Kongresssthema „**LebensWert**“ spannte den Bogen von einer „Medizin ohne Menschlichkeit“ hin zu ethischen Diskussionen in der Gesundheitsversorgung der Gegenwart und aktuellen Herausforderungen wie planetaren Grenzen und den ökologischen Folgen von Krieg und Klimakrise. An der Konferenz nahmen rund 200 Personen teil, darunter fast 40 Medizinstudierende.



#ObjectWarCampaign:  
Schutz & Asyl für Deserteure!

Mitte Oktober fand der **World Health Summit** in Berlin statt. Die Deutsche Plattform Globale Gesundheit, in der IPPNW Mitglied ist, begleitete den alljährlichen Gipfel kritisch. Am 17. Oktober organisierte sie eine Online-Veranstaltung zum Thema Fachkräftemigration.

**Dezember** Friedens- und Menschenrechtsorganisationen haben am 8. Dezember 2022 anlässlich des **Internationalen Tages der Menschenrechte** vor dem Europäischen Haus in Berlin demonstriert. Sie forderten Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine.



Internationaler IPPNW-Appell  
Kein Krieg in Europa!

**Februar** Knapp 300 Mediziner\*innen aus Europa und anderen Teilen der Welt haben im Februar vor Kriegsbeginn den **Appell „Kein Krieg in Europa!“** veröffentlicht, und dazu aufgerufen, einen Krieg zwischen Russland und der NATO in Europa zu verhindern. Die IPPNW warnte vor einer humanitären Katastrophe in Folge eines Krieges und rief alle Konfliktparteien dazu auf, die Diplomatie der Eskalation vorzuziehen.



Atomwaffenverbot  
Vertragsstaatenkonferenz in Wien

**März** Die russische und die ukrainische Sektion der IPPNW veröffentlichten am 17. März eine **gemeinsame Erklärung**, in der sie sich gegen den Krieg in der Ukraine aussprechen und vor einer weiteren Eskalation bis hin zum Atomkrieg warnen. Die Erklärung vereint die Mediziner\*innen über die Kriegsgrenzen hinweg und baut auf dem Grundsatz der ärztlichen Pflicht, Menschen gleichberechtigt und ohne Vorurteile zu helfen. Sie betont zudem die tiefe Verbindung zwischen Russland und Ukraine: familiär, kulturell und ökonomisch.

**Juni** Es war ein historischer Moment, als Präsident Alexander Kmentt die erste **Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrages** in Wien am 23. Juni 2022 mit den Worten beendete: „Atomwaffen sind immer ein Weg in die falsche Richtung, wir sind hier und heute einen Schritt in die richtige Richtung gegangen!“ Eine zwölfköpfige IPPNW-Delegation aus Deutschland war dabei. Am ersten Tag brachten sie den Vertrag von der deutschen Botschaft mit einem Staffellauf zur Konferenz. Die deutsche Regierung war beobachtend vertreten und las ein Statement vor, in dem sie einen Beitritt noch ablehnte, aber „Schulter an Schulter“ mit den AVV-Staaten zusammenarbeiten wolle. Zur Vorbereitung hatte ICAN vom 18. bis 19. Juni 2022 zu einer eindrucksvollen zweitägigen Vorkonferenz, dem **„ICAN Nuclear Ban Forum“**, in die Wiener Akademie der Wissenschaften eingeladen. 600 Teilnehmer\*innen aus 60 Nationen, darunter auch einige IPPNW-Mitglieder, beteiligten sich an dem eindrucksvollen Austausch.



Studierende im Austausch:  
Familieren und engagieren

**Juli** Das Austauschprogramm für Medizinstudierende **famulieren & engagieren** startete nach zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause. Insgesamt elf Studierende gingen für zwei Monate ins Ausland und wurden größtenteils von IPPNW Ärzt\*innen und/oder Studigruppen betreut. Neu ist die Kooperation mit dem von IPPNW-Mitgliedern mitbegründeten Projekt **ROSA – Rolling Safespace**, einer mobilen Anlaufstelle für Frauen und Mädchen auf der Flucht – in Griechenland. Sechs Gaststudierende aus Nepal, Kenia, Serbien und Nordmazedonien kamen für eine Famulatur und die Teilnahme an der Global Health Summerschool mit dem Programm nach Deutschland.



IPPNW-Studie:  
Nukleare Hungersnot

**August** Laut einer neuen globalen Studie könnten durch einen Atomkrieg zwischen den USA und Russland mehr als fünf Milliarden Menschen an Hunger sterben. Klimawissenschaftler\*innen der Rutgers-Universität berechneten, wie viel Ruß durch die Feuerstürme in Folge der Detonation von Atomwaffen in die Atmosphäre gelangen würde und welche Konsequenzen dies auf die Lebensmittelversorgung weltweit hätte. Im August veröffentlichte die IPPNW eine deutsche Version der internationalen Studie **„Nukleare Hungersnot“**, die die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschungen zum Thema Atomkriegsfolgen auf das Klima zusammenfasst.





Im Sturm den Friedenskurs halten  
IPPNW-Jahreskongress in Hamburg



40 Jahre IPPNW  
Jubiläumsfeier in Landsberg



IPPNW-Geschäftsstelle:  
Suche nach einer neuen Bleibe

**April** Der **IPPNW-Jahreskongress** stand ganz im Zeichen des Überfalls von Russland auf die Ukraine. Etwa 150 IPPNW-Mitglieder trafen sich vom 29. April bis 1. Mai 2022 in Hamburg das erste Mal seit 2019 wieder in Präsenz und genossen den persönlichen Austausch und die Begegnungen. Verabschiedet wurde die **Hamburger Erklärung „Im Sturm den Friedenskurs halten“**. Darin fordert die IPPNW die Bundesregierung auf, die Anstrengungen für eine Waffenruhe in der Ukraine ins Zentrum des politischen Handelns zu stellen. Weitere Anträge beschäftigten sich mit der Beitragserhöhung, der Gefahr eines Atomkrieges, dem Bundeswehreininsatz in Mali und der Forderung nach einer Freilassung von Julian Assange. Nach einer **Hafenrundfahrt** lud die IPPNW abschließend gemeinsam mit weiteren Hamburger Friedensinitiativen zur **Kundgebung „Atomkrieg verhindern – keine weitere Eskalation“** ein, vor der imposanten Kulisse der Elbphilharmonie.

**Juni** **40 Jahre IPPNW:** Unter dem Motto **„Ärztliche Verantwortung für eine Welt in Frieden“** feierten über 160 Menschen vom 17. bis 19. Juni 2022 das IPPNW-Jubiläum mit einem dreitägigen Kongress in Landsberg am Lech. Der Kongress verabschiedete das **Landsberger Memorandum**, das ein Ende der nuklearen Geiselhaft und den rechtsverbindlichen Verzicht Russlands und der USA auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen fordert. Bei einer **Kundgebung vor dem Landsberger Rathaus** warnten die Teilnehmer\*innen vor der größer werdenden Gefahr einer nuklearen Eskalation. Der Kongress wurde von den Teilnehmer\*innen sehr positiv bewertet, was Programm, Atmosphäre, Konzert und Veranstaltungsort anging. Es gab ein breites Medienecho – von der Berichterstattung des Bayrischen Rundfunks über ein Interview des Evangelischen Nachrichtendienstes bis hin zu Berichten im Landsberger Tageblatt und im Merkur.

Zum **IPPNW-Jubiläum** wurden auf den Social-Media-Kanälen der IPPNW eine Serie veröffentlicht, die historische Publikationen aus dem Archiv vorstellte. Für den Kongress in Landsberg wurden viele alte Fotos gesichtet, eingescannt und in einer Präsentation gesammelt, die dort gezeigt wurde.

**November** Die kräftigen Mietsteigerungen in Berlin treffen auch die IPPNW. Nach über 30 Jahren gewerblicher Miete unserer Geschäftsräume in der Körtestraße in Berlin-Kreuzberg kündigte der Vermieter 2021, um uns die Räumlichkeiten zum doppelten Preis neu zu vermieten. Seitdem ist der Verein auf der **Suche nach einer neuen Bleibe**. Im November und Dezember wurde die Suche nach Büroräumen für die IPPNW intensiviert. Vorstand und Mitarbeiter\*innen haben mehrere Objekte besichtigt.

## Impressum

### Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen  
Ärzt\*innen für die Verhütung des  
Atomkrieges / Ärzt\*innen in sozialer  
Verantwortung e. V.

Körtestraße 10, 10967 Berlin

Telefon: 030 698 074-0 Fax: 693 81 66

ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

### Spendenkonto: GLS-Bank

IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01

BIC: GENODEM1GLS

### Mitarbeit:

Lale Demirkan, Anne Jurema,  
Xanthe Hall, Isolde Keller, Regine Ratke,  
Patrick Schukalla, Angelika Wilmen,  
Laura Wunder **V.i.S.d.P.:** Ute Watermann

### Redaktion: Lara-Marie Krauß

**Layout und Satz:** Regine Ratke

**Papier:** RecyStar Polar, Recycling & FSC

**Druck:** DDL Berlin

**Bildnachweise:** nicht gekennzeichnete  
Fotos aus dem IPPNW-Archiv oder privat.



## Mit kleinen Schritten aus der Pandemie

Studierendenarbeit zum Atomwaffenverbot und vielen anderen Themen

**F**ür die Studierenden war 2022 ein Jahr der kleinen Neuanfänge. Kleine Schritte in Richtung aktive Studierendenschaft in der IPPNW – nachdem große Teile der Studiarbeit in der Covid-Pandemie ziemlich gelitten hatten. Studigruppen sind weniger stabil als lang bestehende Ortsgruppen – Examen, Umzug, Berufseinstieg – und schon ist nach drei Jahren Pandemie eine ganze Gruppe schlicht nicht mehr da. Denn „Nachwuchs“ zu finden war schwierig: Wenige und wenn, dann Online-Veranstaltungen, keine Studiotreffen, keine aktive Studiarbeit vor Ort.

Dafür schauen die Studierenden jetzt optimistisch nach vorne: Denn 2022 gab es einige Lichtblicke. Spätestens seit die Kontaktbeschränkungen aufgehoben wurden, sind sie wieder auf dem Weg sich miteinander zu vernetzen! So konnten im vergangenen Jahr zahlreiche Neubeurtritte verzeichnet werden. Das erste große Ereignis war im Februar 2022 die Peace Academy – „No women, no peace“ – in Berlin am Wannsee. IPPNW-Studis, aber auch Menschen aus anderen Bereichen

und Berufen kamen zusammen, um ein Wochenende lang die Rolle von Frauen in der Friedensarbeit zu beleuchten. Welche Relevanz das Thema hat und welche Stärke von feministischen Bewegungen in Friedensarbeit ausgeht, ist gerade mit Blick auf den Iran und den Krieg in der Ukraine im letzten Jahr noch deutlicher geworden.

Vereinzelt waren studentische Teilnehmer\*innen in Hamburg auf der Mitgliederversammlung im April und beim 40 Jahre IPPNW-Kongress in Landsberg dabei. Ein besonderes Highlight, im Hinblick auf studentische Beteiligung, war dann aber der Kongress „Medizin und Gewissen“ in Nürnberg im Oktober: Aus ganz Deutschland kamen Menschen zusammen – darunter viele Studierende. Richtig schön, sich endlich mal Face-to-Face zu sehen, sich auszutauschen, sich zu bestärken! Am Rande der eigentlichen Veranstaltung kamen wir zusammen, quatschten, tanzten und lernten uns kennen. Am letzten Tag der Veranstaltung konnte sogar eine neue Studierendenvertreterin gewählt werden: Herzlich willkommen, Stella! Stella

ist schon eine ganze Zeit aktiv bei den IPPNW-Studis und in ihrer Ortsgruppe in Berlin an der Organisation zahlreicher Projekte beteiligt, vom „AtomwaffeLn“ backen bis hin zu den kritischen Orientierungswochen für Erstsemesterstudierende an der Charité.

Stella löst als neue Studierendensprecherin Sophia aus Homburg ab, die die letzten zwei Jahre Ansprechpartnerin für die IPPNW-Studis in Deutschland war. Damit hatte Sophia sich sicherlich nicht die einfachste Zeit für dieses Amt ausgesucht. Wir danken ihr hier noch einmal herzlich für ihr Engagement!

Warum die Studies jetzt voller Motivation nach vorne schauen? Keine Kontaktbeschränkungen mehr, eine neue Studigruppe in Heidelberg (und weitere in Planung), viel zu tun, ein Weltkongress in Kenia und vielleicht 2023 sogar endlich wieder ein Studierendentreffen. Wir freuen uns drauf!

**Weitere Informationen:**  
[www.ippnw.de/bit/studis](http://www.ippnw.de/bit/studis)





## Die IPPNW in Zahlen

Finanzbericht 2022

**N**ach den ruhigen Corona-Jahren spiegeln sich die wieder aufgenommenen Aktivitäten und Veranstaltungen auch im Jahresabschluss 2022 wieder. In fast allen Arbeitsbereichen verzeichnen wir höhere Ausgaben, auch bedingt durch die allgemeinen Preissteigerungen.

Die Mehraufwendungen im Bereich Verein betragen rund 19.000 Euro und beinhalten die Kosten in Höhe von 16.320 Euro für die 40-Jahr-Feier in Landsberg und die Ausgaben für die vielfältigen Aktivitäten unserer Regionalgruppen. Mit Teilnahmebeiträgen und Spendeneinnahmen konnte ein großer Teil der Kosten durch die Gruppen vor Ort gedeckt werden.

Im Bereich Internationales fand nach zweijähriger Pause wieder das Austauschprojekt „famulieren & engagieren“ statt. Es fielen mit rund 25.000 Euro überwiegend Kosten für die jeweilige Reise und für Vor- und Nachbereitungsseminare an. Sechs Gaststudierende kamen für eine Famulatur nach Deutschland, deren Rei-

sekosten und Unterhalt durch die IPPNW finanziert wurde und elf Studierende konnten zu unseren Partnerorganisationen ins Ausland geschickt werden.

Die politischen Aktivitäten in Bezug auf den Ukrainekrieg zählen zum Arbeitsbereich Frieden, hierfür erhielten wir auch einige zusätzliche Spenden. Die Ausgaben in diesem Bereich stiegen durch Projekte wie die Peace Academy (rund 11.000 Euro), die Israel-Palästina-Reise (12.000 Euro) und das Türkei-Kurdistan-Projekt mit einem Herbstbesuch türkischer Gäste (rund 20.000 Euro). Für die Herbstreise der Türkei-Delegation konnten Drittmittel von verschiedenen Organisationen in Höhe von insgesamt 18.500 Euro eingeworben werden.

Soziale Verantwortung: Der Kongress Medizin und Gewissen kostete 26.000 Euro – hier konnten durch Drittmittel, Teilnahmebeiträge und Spenden alle Ausgaben gedeckt werden. Die Global Health Summer School 2022 wurde von „Engagement Global“ mit einem gestiegenen Zuschuss in Höhe von 18.000 Euro finanziert.

Die freien Spenden konnten in 2022 mit 255.000 Euro ein Plus von 50.000 Euro verzeichnen. Die Weihnachtsspenden betragen: 160.000 Euro (2021: 120.000). Für die Anzeige zum Fukushimatag fielen die Spenden mit 109.000 Euro rund 7.000 Euro geringer aus als im Vorjahr.

Die Mitgliedsbeiträge gingen dieses Jahr um knapp 5.000 Euro zurück und betragen insgesamt 634.000 Euro. Dies entspricht ziemlich genau unseren Ausgaben für die Gehälter, die durch Tarifierhöhungen und Neueinstellungen (was zu vorübergehenden Doppelbesetzungen führte) gestiegen sind. Für 2023 gehen wir nach den Beitragserhöhungen in 2022 von einem deutlichen Plus für die Mitgliedsbeiträge aus. Ganz herzlichen Dank auch an Sie für Ihren Beitrag und Ihre Unterstützung!

Wir wurden 2022 auch mit einem Nachlass in Höhe von 84.490 Euro bedacht und konnten das Jahr mit einem Überschuss von knapp 60.000 Euro abschließen.

**Kostenaufteilung 2022 nach Arbeitsbereichen**

(ohne Rücklagenverbuchungen, steuerlicher Wirtschaftsbetrieb und Kosten Vermögensverwaltung)

Büro / Verwaltung	Euro
Personalkosten	93.268,84
Mietkosten Geschäftsstelle	83.844,61
sonstige Kosten	51.615,79
<b>(2021 = 202.476,37)</b>	<b><u>228.729,24</u></b>

Verein	EUR
Personalkosten	185.545,36
Vorstands-Jahrestreffen/MV-Kosten	22.859,13
40-Jahr-Feier	16.320,43
Regionalgruppenarbeit	8.614,48
Fundraising	11.227,59
Tschernobylanzeige	38.235,64
Beratungen, Archiv, Fortbildung	24.381,50
<b>(2021 = 288.514,41)</b>	<b><u>307.184,14</u></b>

Öffentlichkeitsarbeit	EUR
Personalkosten	151.416,68
IPPNW-Forum	47.063,57
Publikationen / Websites / Sonstiges	19.665,70
<b>(2021 = 206.091,51)</b>	<b><u>218.145,95</u></b>

Ausstieg aus der Atomenergie	EUR
Personalkosten	39.083,38
Bündnisarbeit	1.784,79
Trägerkreis Atommüllreport	2.089,50
Sonstige Projekte	3.289,44
<b>(2021 = 58.516,39)</b>	<b><u>46.247,11</u></b>

Frieden und Atomwaffen	EUR
Personalkosten	78.993,18

a) Atomwaffen	
Büchel ist überall!	10.990,41
ICAN-Bildungsarbeit	2.000,00
Sonstige	1.823,51

b) Krisenregionen	
Deutschland – Türkei – Kurdistan	20.040,79
Ukrainekrieg	4.785,81
Israel-Palästina-Reise	12.344,22

c) Veranstaltungen, AK, Kooperationen	
Friedensbewegung stärken	5.607,70
Peace Academy	11.196,92
Sonstiges (AK Süd/Nord, Sicherheit neu denken, Campaigning for Peace)	4.919,68
<b>(2021 = 166.774,68)</b>	<b><u>152.702,23</u></b>

Soziale Verantwortung	EUR
Personalkosten	57.105,18
Kongress Medizin und Gewissen	26.233,66
Global Health Summer School	22.210,92
Sonstige (AK Flucht und Asyl, Netzwerkarbeit)	2.267,69
<b>(2021 = 82.033,72)</b>	<b><u>107.817,45</u></b>

Internationale Kooperationsprojekte	EUR
Personalkosten	34.863,16
Unterstützung IPPNW International	33.833,42
familieren & engagieren	24.963,97
Sonstiges (Nuclear Chain, European Work)	4.934,67
<b>(2021 = 46.730,06)</b>	<b><u>98.595,22</u></b>

**Mitgliederentwicklung**

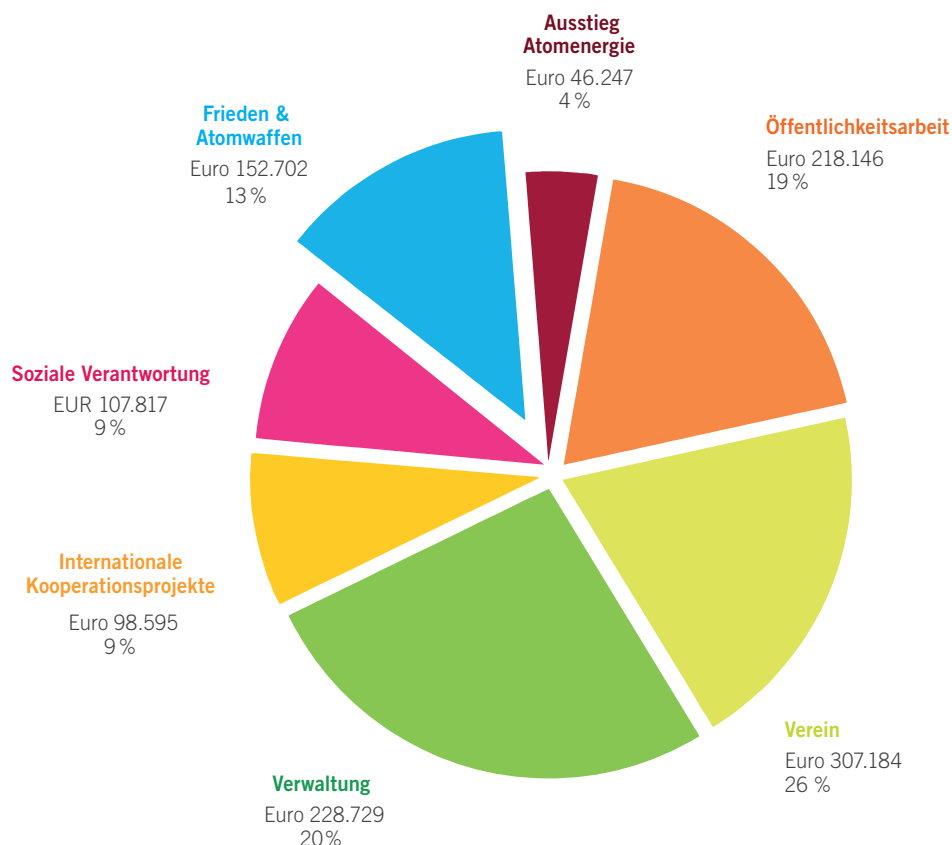
Leider verzeichnen wir auch 2022 einen leichten Rückgang der Gesamtmitgliederzahl.

Mitglieder	31.12.2021	31.12.2022
Ärzt*innen	4.851	4.719
Studierende	442	449
Fördermitglieder	428	468
Insgesamt	<u>5.721</u>	<u>5.636</u>

**Bilanz zum 31. Dezember 2022**

Aktiva	2022 EUR	2021 EUR	Passiva	2022 EUR	2021 EUR
<b>Anlagevermögen</b>			<b>Eigenkapital</b>		
Grundstücke und Gebäude	1,00	1,00	freies Vermögen	580.367,96	520.623,22
<b>Umlaufvermögen</b>			<b>zweckgebundene Rücklagen</b>		
Forderungen	11.040,19	6.603,27	Instandhaltung Haus Stade	58.895,51	54.263,89
Sonstige Forderungen	1.285,00	0,90	Betriebsmittelrücklage	240.000,00	240.000,00
Kassen- und Bankguthaben	971.890,08	918.977,42	Kinderhilfe Irak	0,00	828,73
			Klage Biblis	15.779,48	20.954,08
			Rücklage KSZMNO	8.507,59	8.507,59
			sonstige zweckgebundene Rücklagen	57.141,30	52.729,71
			<b>Summe Eigenkapital</b>	<b><u>960.691,84</u></b>	<b><u>897.907,22</u></b>
			<b>Rückstellungen</b>		
			sonstige Rückstellungen	3.500,00	3.500,00
			<b>Verbindlichkeiten</b>		
			sonstige Verbindlichkeiten	20.024,43	24.175,37
	<b><u>984.216,27</u></b>	<b><u>925.582,59</u></b>		<b><u>984.216,27</u></b>	<b><u>925.582,59</u></b>





Wir danken allen unseren Mitgliedern und Spender\*innen, die durch ihre Unterstützung zu diesem guten Jahresergebnis 2022 beigetragen haben.

„Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen entspricht die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins.“

Auszug aus dem Prüfungsbericht  
Stuttgart, 21. März 2023  
Detlef Siebeck

### Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Einnahmen	2022	2021	Ausgaben	2022	2021
	EUR	EUR		EUR	EUR
Beiträge	634.102,83	638.848,86	Gehälter und soziale Aufwendungen	640.275,87	598.989,57
freie Spenden	254.785,98	202.614,27	Honorare und Fortbildungen	36.551,41	36.258,55
Spenden mit Zweckbindung	162.893,40	168.670,17	Kampagnen und Unterstützungen	71.836,85	78.226,91
Zuschüsse mit Zweckbindung	30.000,00	20.695,80	Kinderhilfe Irak	0,00	44.087,50
Veranstaltungen (Teilnahmebeiträge)	47.400,50	5.310,00	Druckkosten	46.146,45	41.758,81
Beiträge Palästinareise	34.630,00	0,00	Kommunikationskosten	79.757,02	93.668,04
Vermächtnisse	84.490,00	10.871,13	Mietkosten Geschäftsstelle	90.440,75	74.295,35
Sachspenden	5.150,00	1.500,00	Reisekosten	70.401,44	26.714,15
Sonstige Erträge	292,95	946,70	Palästinareise	47.986,40	0,00
			Recht, Beratung, Abschlussprüfung	11.512,70	7.976,12
			Veranstaltungen	62.235,72	28.460,89
			sonstige Kosten	51.990,58	41.669,02
Mieterträge Haus Stade	11.400,00	11.402,50	Aufwendungen Haus Stade	509,35	5.319,48
Einnahmen Materialverkauf	7.283,50	6.690,14	Aufwendungen Materialverkauf	0,001	1.116,81
Verbrauch von zweckgeb. Rücklagen	16.251,34	52.662,04	Zuführung zu zweckgeb. Rücklagen	19.291,22	6.136,11
<b>Verbrauch von freien Rücklagen</b>	<b>24.745,26</b>	<b>0,00</b>	<b>Zuführung freies Vermögen</b>	<b>84.490,00</b>	<b>35.534,30</b>
<b>Einnahmen gesamt</b>	<b><u>1.313.425,76</u></b>	<b><u>1.120.211,61</u></b>	<b>Ausgaben gesamt</b>	<b><u>1.313.425,76</u></b>	<b><u>1.120.211,61</u></b>

# Vielen Dank!

Ohne Ihre Unterstützung wäre unsere Arbeit nicht möglich



5.721 Mitglieder haben die IPPNW 2022 mit ihrem Jahresbeitrag unterstützt.

3.461 Menschen haben im Jahr 2022 an die IPPNW gespendet – viele Mitglieder zusätzlich zu ihren Jahresbeiträgen.

5.616 Menschen haben uns bei Facebook abonniert (Stand April 2023).

11.200 Menschen folgen uns auf Twitter (Stand April 2023).

1.860 Menschen folgen uns auf Instagram (Stand April 2023).

2.372 Menschen haben die Fukushima-Tschernobyl-Anzeige 2022 mit ihrer Unterschrift und einer Spende unterstützt.

2.770 Menschen haben den IPPNW-Newsletter abonniert und informieren sich regelmäßig über unsere Arbeit.

2.100 Menschen haben den Atomenergie-Newsletter abonniert.

759 Menschen haben unsere Pressemitteilungen abonniert.

Menschen haben am IPPNW-Jahreskongress in Hamburg teilgenommen.

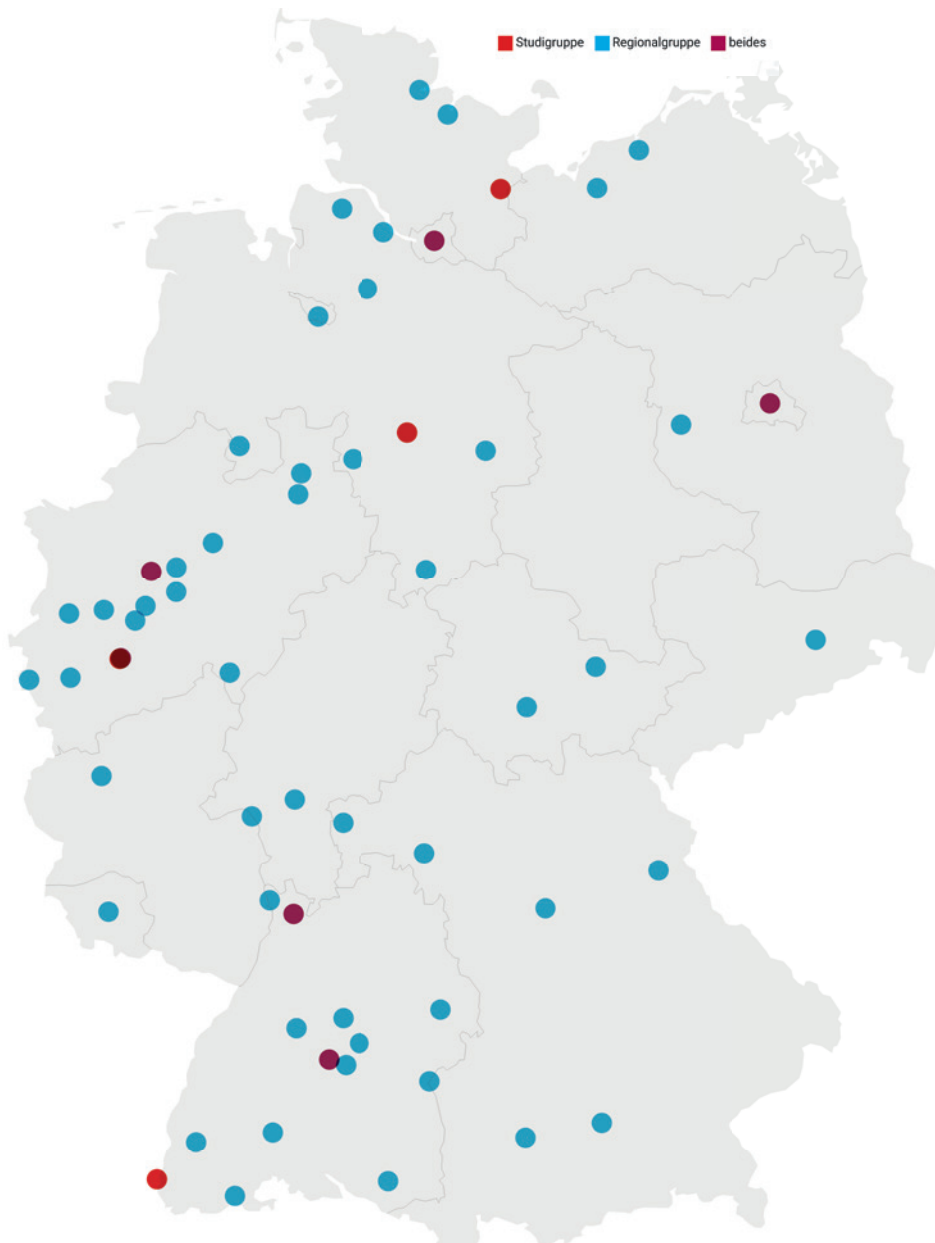
Menschen engagieren sich als Ansprechpartner\*innen für die IPPNW-Regionalgruppen.

IPPNW-Studierendengruppen treffen sich regelmäßig, um sich auszutauschen und Veranstaltungen zu planen.



# Überall in Deutschland aktiv

Regional- und Studierendengruppen der IPPNW



Ostwestfalen  
 Ravensburg  
 Reutlingen  
 Rostock  
 Rotenburg (Wümme)  
 Saarland  
 Sachsen  
 Schwarzwald-  
 Baar-Heuberg  
 Siegen-Olpe-  
 Wittgenstein  
 Solingen  
 Stade  
 Stuttgart  
 Tübingen  
 Ulmer Ärzteinitiative  
 Kreis Waldshut  
 Weiden  
 Wuppertal  
 Würzburg  
 Vulkaneifel

## IPPNW-Studie- rendengruppen

Berlin  
 Bochum  
 Freiburg (in Gründung)  
 Gießen  
 Hamburg  
 Hannover  
 Heidelberg/ Mannheim  
 Homburg  
 Jena  
 Lübeck  
 Tübingen

## IPPNW-Regionalgruppen

Aachen	Dortmund	Hamburg	Mannheim
Aalen	Düren	Hamm / Soest	Mecklenburg- Vorpommern
Aschaffenburg	Düsseldorf	Heidelberg	Mönchengladbach
Berlin	Eckernförde	Herford	München
Bochum	Frankfurt	Ilmenau	Nürnberg-Fürth- Erlangen
Brandenburg (Havel)	Freiburg	Jena / Gera	Nürtingen
Braunschweig	Gießen / Mittelhessen	Kiel	Oberberg
Bremen	Göttingen	Köln	Osnabrück
Friedensinitiative Calwer Ärzte	Hadeln-Kehdingen	Landsberg am Lech	
	Hagen	Mainz-Wiesbaden	

## Arbeitskreise

### AK Atomenergie

engagiert sich für Atomausstieg und Energiewende in Europa, klärt über die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl und Fukushima und die Verbindungen zwischen militärischer und ziviler Nutzung von Atomenergie auf, mischt sich in die Debatten um Energie- und Klimapolitik, den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung ein. **Kontakt:** Patrick Schukalla, schukalla@ippnw.de

### AK ICAN – atomwaffenfrei

widmet sich dem Gründungsthema der IPPNW: der Verhinderung eines Atomkrieges durch die Abschaffung aller

Atomwaffen. Als Ärzt\*innen bringen wir die humanitären Folgen von Atomwaffen in die Debatte und arbeiten eng in der globalen Kampagne ICAN für ein Atomwaffenverbot mit. **Kontakt:** Lisann Drews, lisann.drews@posteo.de

### AK Süd-Nord

ist der nord-süd-friedenspolitische Arbeitskreis der IPPNW. Aufgrund der engen Verflechtungen mit der Ost-West-Dimension hatte er diese schon vor dem jetzigen Ukrainekrieg mit auf die Agenda genommen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Frage nach den Ursachen der existentiellen Krisen unserer Zeit – Krieg und Naturzerstörung – im Gesellschaftsmodell der neoliberalen Globalisierung.

Sowie die Frage nach der Rolle der Medien bei der Verschleierung dieser Zusammenhänge und als Kriegstreiber.

**Kontakt:** Barbara Schwegler, b.schwegler@posteo.de

### AK Geflüchtete & Asyl

tauscht sich über gesundheitliche Aspekte von Migrations- und Asylpolitik und die Arbeit mit Geflüchteten aus, erstellt Materialien und Publikationen, arbeitet aktuell zum Menschenrecht auf Gesundheit und dem Themenkomplex Abschiebungen und Krankheit. Vertretung im Forum Menschenrechte und in der BAG Pro Asyl. **Kontakt:** Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com

## Vorstand

**Dr. Angelika Claußen (Co-Vorsitzende),** Ärztin für Psychiatrie/Psychotherapie, Bielefeld

**Dr. Lars Pohlmeier (Co-Vorsitzender),** Internist, Bremen

**Carlotta Conrad (Schatzmeisterin),** Ärztin, Hamburg

**Ralph Urban (Beisitzer)** Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Schwarzenbek

**Daniel Becker** Arzt in Weiterbildung, Hamburg

**Dr. Robin Maitra** Internist und Hausarzt, Ludwigsburg

**Ute Rippel-Lau,** Ärztin für Allgemeinmedizin, Hamburg

**Dr. Ute Watermann** Ärztin und Journalistin, Berlin

**Dr. Helmut Lohrer (International Councillor),** Arzt für Allgemeinmedizin, Villingen-Schwenningen

**Friederike Bröderhausen (stellvertr. International Councillor),** Medizinstudierende, Hannover

### Ehrenvorsitzender:

**Prof. Dr. Ulrich Gottstein** Chefarzt für Innere Medizin i.R., Frankfurt

## Geschäftsstelle

**Xanthe Hall,** Geschäftsstellenleitung, xanthe@ippnw.de, 030 698 074-12

**Angelika Wilmen,** Geschäftsstellenleitung, wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

**Lale Demirkan,** Teamassistentin, Mitgliederbetreuung, demirkan@ippnw.de, 030 698 074-16

**Ewald Feige,** Mitgliederbetreuung, Logistik, Studierendenarbeit, Atomenergie feige@ippnw.de, 030 698 074-11

**Isolde Keller,** Finanzen und Mitgliederbetreuung, keller@ippnw.de, 030 698 074-18

### Referent\*innen:

**Anne Jurema,** Soziale Verantwortung, jurema@ippnw.de, 030 698 074-17

**Xanthe Hall,** Internationales, Atomwaffen, xanthe@ippnw.de

**Paul-Marie Manière/Patrick Schukalla,** Atomenergie & Energiewende, schukalla@ippnw.de, 030 698 074-20

**Angelika Wilmen,** Frieden, Fundraising, wilmen@ippnw.de

**Laura Wunder,** Frieden & Klima, wunder@ippnw.de, 030 698 074-19

### Öffentlichkeitsarbeit:

**Lara-Marie Krauß,** Sprecherin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, krausse@ippnw.de, 030 698 074-15

**Regine Ratke, Samantha Staudte** Assistenz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit / Redaktion IPPNWforum ratke@ippnw.de / staudte@ippnw.de 030 698 074-14

### IPPNW Central Office

339 Pleasant Street, Third Floor  
Malden, MA 02148-8107, USA  
E-Mail: ippnwbos@ippnw.org  
www.ippnw.org

### IPPNW Europa

www.ippnw.eu, www.ippnw-europe.org

### Regionalgruppen im Internet

**Aachen:** www.ippnw.de/bit/aachen

**Bremen:** www.ippnw.de/bit/bremen

**Dortmund:** www.ippnw.de/bit/dortmund

**Mönchengladbach-Viersen:** www.ippnw-moenchengladbach-viersen.de

**Nürnberg:** www.ippnw-nuernberg.de

**Ulmer Ärzteinitiative:** www.ippnw-ulm.de

### Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt\*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt\*innen in sozialer Verantwortung e.V.  
Körtestraße 10, 10967 Berlin

Telefon: 030 698 074-0

Telefax: 030 693 8166

ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Spendenkonto: GLS-Bank

IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01

BIC: GENODEM1GLSER

